



SPD

BASis Info 1/2010

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagabgeordneten Bärbel Bas

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

2009 war für uns Sozialdemokraten ein schweres Jahr. Umso mehr hoffe ich, Ihr hattet ruhige Weihnachtstage und seid gut ins neue Jahr gestartet.

Es führt kein Weg daran vorbei: Wir werden die Partei grundlegend erneuern müssen. Auf dem Dresdner Parteitag wurde ein erster Schritt getan auf einem langen Weg, den wir nicht von heute auf morgen werden zurücklegen können. Wir müssen gründlich debattieren, was wir richtig, und was wir falsch gemacht haben. Die Menschen draußen und auch wir selbst in der SPD müssen wieder wissen, dass wir die linke Volkspartei sind und wir für soziale Gerechtigkeit stehen.

Bei unserer Erneuerung dürfen wir die Anderen aber nicht in Ruhe machen lassen, obwohl sich die so genannte „Wunschkoalition Schwarz-Gelb“ schon sehr eindrucksvoll selbst zerlegt. Zuerst das Gezerre um die Verschuldung und einen Sonderfonds, dann die Streitereien um die Mehrwertsteuerentlastung für

Hoteliern und schließlich die ernste Auseinandersetzung um Bombardierung zweier Tanklastzüge in Afghanistan inklusive dem erstem Ministerrücktritt. Doch wir können uns von denen unsere Aufgabe nicht abnehmen lassen. Wir sind die Opposition und werden die besseren Alternativen aufzeigen.

Alle Bürgerinnen und Bürger leisten ihren angemessenen Beitrag zur Absicherung von Risiken wie Krankheit und Pflege im Sinne der Allgemeinheit. Dieses Grundprinzip unseres Sozialstaates ist gerade in „meinem Bereich“, der Gesundheitspolitik, gefährdet. Die Bundesregierung macht nicht einmal einen Hehl daraus, dass sie alle „unangenehmen“ Entscheidungen erst nach der Landtagswahl bei uns in Nordrhein-Westfalen treffen wird.

Vom Ausgang dieser Landtagswahl am 9. Mai 2010 hängt eine Menge ab. Noch hat die CDU/FDP-Koalition auch im Bundesrat eine Mehrheit. Sollte tatsächlich Rüttgers die Wahl gewinnen, könnte die Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag eins zu eins umsetzen und die

Kopfpauschale in der Krankenkasse oder die privaten Pflegeversicherung einführen. In erster Linie geht es aber um die Weichenstellung für NRW. Ihr wisst: Rüttgers spielt den Arbeiterführer, ist aber in Wirklichkeit kräftiger Privatisierer.

Deshalb bitte ich Euch: Stärkt den Duisburger Landtagsabgeordneten den Rücken! Helft mit, dass Hannelore Kraft und unsere SPD ein gutes Ergebnis erzielen!

Ich möchte allen, die mir geholfen haben, nochmals danken. Ich werde gegen den beabsichtigten neoliberalen „Systemwechsel“ in der Gesundheitspolitik kämpfen und mich zusammen mit Hans Pflug für Duisburg stark machen.

Ich wünsche Euch allen ein gutes, gesundes und glückliches neues Jahr!

Ich freu mich darauf.

Eure
Bärbel Bas



Stichwort: Gesundheitsreform richtig rum

Präsident Obamas Versuch, allen Amerikanern einen bezahlbaren Krankenversicherungsschutz zu geben.

Wir haben in Deutschland das viertteuerste Gesundheitssystem der Welt. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt liegt bei 10,6% (Quelle: OECD 2006). Pro Kopf geben wir rund 2350 Euro im Jahr aus. Dafür haben fast alle 82 Millionen Deutsche eine Krankenversicherung. Dass es auch Reformbedarf gibt, ist bekannt. Die Bürgerversicherung ist dabei unser Leitgedanke. Sie erhält den Solidargedanken und bezieht alle Bürger und Einkommensarten ein. Dagegen steht die Kopfpauschale der Union, die sozial blind ist, und etwa in der Pflege noch durch eine private Kapitaldeckung ergänzt werden soll. Ich werde in meiner BASIS Info regelmäßig über die Reform der deutschen Gesundheitspolitik berichten. Diesmal möchte ich aber auf eine andere Gesundheitsreform schauen.

Das teuerste Gesundheitssystem der Welt leisten sich die USA (15,3% vom BIP laut OECD). 70% der Amerikaner haben eine private Krankenversicherung, die meist an ihren Arbeitsplatz geknüpft ist - verlieren sie ihre Arbeit, ist auch die Krankenversicherung weg. Die Prämien der privaten Krankenversicherung sind in den vergangenen 10 Jahren vier mal schneller gestiegen als die Löhne. Das hat zu Folge, dass sich immer weniger Amerikaner –

besonders im Alter – einen angemessenen Gesundheitsschutz leisten können. Knapp 30% der Amerikaner haben Anspruch auf die staatliche Gesundheitsfürsorge für Bedürftige und Rentner. Da immer mehr Amerikaner von der Fürsorge abhängig werden, explodieren die Kosten für den Staat. Krankheit ist in Amerika bis weit in die Mittelschicht hinein ein Armutsrisiko. Das liegt auch daran, dass Gesundheitsleistungen in Amerika extrem teuer sind – über 6000 Dollar (fast 4200 Euro) gibt ein US-Bürger im Schnitt pro Jahr dafür aus.

Präsident Barack Obama ist mit dem Versprechen angetreten, Familien den Zugang zum Versicherungsschutz zu erleichtern. Außerdem sollen die Kosten in der Gesundheitsversorgung gesenkt, sowie die Ausgaben langfristig verringert werden. Dafür plant Obama den Versicherungsschutz für Familien durch einkommensabhängige staatliche Subventionen erschwinglicher zu machen und den Anspruch auf die Gesundheitsfürsorge auszudehnen.

Ein zentraler Streitpunkt ist die Frage nach der allgemeinen Versicherungspflicht. Obama verzichtet bisher darauf. Zu groß ist der Widerspruch zum freiheitlichen Staatsverständnis vieler Amerikaner. Eine Versicherungspflicht will Obama daher

höchstens für Kinder einführen. Um dennoch die Zahl der Nichtversicherten zu senken, sollen mit massiven staatlichen Subventionen - die Rede ist derzeit von 450 Milliarden Dollar (312 Mrd. Euro) in den nächsten 10 Jahren - die Prämien für Arbeitnehmer und Arbeitgeber erschwinglich werden. In der Diskussion ist auch, den Prämienkauf an einer zentralen Stelle zusammenzufassen und den privaten Versicherern mit einer staatlichen Krankenversicherung Konkurrenz zu machen. Gleichzeitig soll dem Geschäftsgebaren der Versicherungen beim Ausschluss von Vorerkrankungen – einem massiven Problem für viele Versicherte – ein Riegel vorgeschoben werden.

Auch wenn die Gesetzgebung noch nicht abgeschlossen ist und es starken Widerstand gibt, lässt sich die Stoßrichtung der Gesundheitsreform klar erkennen. Präsident Obama will das teure und ineffiziente private Gesundheitssystem weiterentwickeln zu einer in Teilen solidarisch (durch Steuermittel) finanzierten Krankenversicherung für alle Bürger mit einer staatlichen Komponente. In Deutschland hingegen will Schwarz-Gelb mit aller Macht in die entgegengesetzte Richtung.

HKM-Besuch bringt Anregungen

Meinen Besuch bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) wollte ich natürlich nicht verpassen, denn auf mich wartete ein buntes und spannendes Programm. Ich hatte Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den HKM-Geschäftsführern Peter Gasse und Dr. Herbert Eichelkraut, später kamen die Betriebsräte Uli Kimpel, Norbert Keller, Wolfgang Keller, Vertrauenskörperleiter Ralf Schröder, Jürgen Dräger, und Markus Voutta dazu. Wir sprachen insbesondere über mein Schwerpunktthema Gesundheit und die Rente mit 67. Ein Thema, das den Arbeitern bei HKM unter den Nägeln brennt. Ich konnte dabei einige wichtige Anregungen aus dem Berufsalltag mitnehmen. Im Anschluss zeigten mir Detlef Weiler und Gabriele vom Ende mit den Jugend-



Im Gespräch mit Auszubildenden und ihrem Ausbilder.

vertretern Tim Wissen und Ünsal Baser das Bildungszentrum, wo HKM 240 Azubis in 13 Berufen ausbildet. Besonders beeindruckt hat mich die Projektwerkstatt und das Engagement mit dem HKM

seinen Azubis soziale Kompetenz vermittelt. Wir werden unsere Gespräche sicher fortsetzen und ich freue mich auf weitere Anregungen für meine politische Arbeit in Berlin.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++04.01.: Neujahrsempfang der AG60Plus Großenbaum/Rahm+++

+++06.01.: Besuch des Alten- und Pflegeheimes von Bodelschwingh-Haus mit Ratsfrau Elisabeth Liß+++

+++08.01.: Informationsgespräch in der Arbeitsagentur Duisburg+++

+++ 09.01.: Mein Neujahrsempfang mit den Ortsvereins-

vorsitzenden und Mandatsträgern aus meinem Wahlkreis+++

+++09.01.: Prinzenkürnung des Hauptausschuss Duisburger Karneval+++

+++10.01.: Neudorfer Empfang 2010 des Bürgervereins Duisburg-Neudorf+++

+++12.01.: Diskussionsrunde zum Landtagswahlprogramm der SPD+++

+++14.-15.01.: Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin+++

+++17.01.: Neujahrsempfang der Stadt Duisburg+++

+++18.-22.01.: Sitzungswoche im Deutschen Bundestag+++

+++23./24.01.: Klausurtagung, Neujahrsempfang und Jubilarehrung des Ortsvereins Neudorf+++

SPD gegen Internetsperren

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für die Aufhebung des Zugangerschwerungsgesetz. Ich freue mich sehr über diese Entscheidung meiner Fraktion, denn ich bin gegen Internetsperren und für ein Internet ohne Zensur. Lesen hier unsere Position im [Interview mit dem Medienpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion](#), Martin Dörmann.

Selbstverständlich müssen wir Kinderpornographie bedingungslos und mit aller Härte bekämpfen. Dafür haben wir als SPD auch schon konkrete Vorschläge gemacht. Wir Sozialdemokraten fordern etwa mehr Personal für die zuständigen Polizeibehörden oder eine bessere internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden.

Für mich ist ganz klar: Internetsperren sind der falsche Weg, um Kriminalität im Netz zu bekämpfen. 130.000 überwiegend junge Menschen haben sich an einer Online-Petition gegen Internetsperren beteiligt. Das dürfen wir nicht ignorieren. Die SPD war immer die Partei der Gerechtigkeit UND des Fortschritts. Beides müssen wir auch bleiben.

Neues aus meinem Tagebuch

Anfang Dezember musste ich eine kleine Auszeit nehmen und mich im Berliner Bundeswehr-Krankenhaus behandeln lassen. Ausgerechnet ich, als Pazifistin, im Bundeswehr-Krankenhaus. Dafür gab es schneidige Offiziere und nach disziplinierten sechs Tagen durfte ich zurück nach Hause in Duisburg.

Ganz abschalten vom Bundestag kann man aber selbst im Krankenhaus nicht: Die Fraktionsführung schreibt vor jeder Namentlichen Abstimmung eine SMS zur Erinnerung und ich habe die Zeit genutzt, um schon mal ein Papier für meine Arbeitsgruppe Gesundheit zu schreiben damit wir im Januar direkt durchstarten können.

Als offene Abgeordnete habe ich die Welt über meinen Gesundheitszustand auf dem

Laufenden gehalten und meine Nachrichten sind offensichtlich sogar bis nach München durchgekommen. Der «Report München» der ARD sendete am 14.12. [diesen Filmbeitrag](#). Ich sag mal so: Wer Humor hat, kann auch über sich selber lachen.

Ach ja, es gibt natürlich auch in dieser BASIS Info etwas Neues aus der Rubrik «Meine Büroräume». Unser Protest in der SPD-Bundestagsfraktion hat sich wohl gelohnt: Ich bekomme - wahrscheinlich im Februar, aber warten wir mal ab - endlich meine drei Büroräume für meine Mitarbeiter und mich im Bundestags-Gebäude «Unter den Linden 50». Mein Schreibtisch wird also bald direkt bei Hans Pflug um die Ecke stehen. Das wird die Zusammenarbeit unserer Büros sicher erleichtern.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf. Eure Bärbel

Impressum

V.i.S.d.P.: Bärbel Bas
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. : 030 / 227 75607

Fax: 030 / 227 76607

Baerbel.bas@bundestag.de

www.baerbelbas.de